

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

70. Sitzung des Bauausschusses (Sondersitzung)

Sitzungstermin:	Montag, 11.07.2022	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:19 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		Vertretung für: Herrn 1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Bastian Langbehn - Fraktion Vielfalt Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Jochen Mauritz - CDU		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jan Ingwersen - CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Ulrich Brock
Dalila Mecker - DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Carsten Biehlig - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Carl-Wilhelm Howe
Günther Frings - Die Unabhängigen		Vertretung für: Herrn Michael Matthies
Andrea Körnich-Krombholz - BfL		
Elfi Rostkowski - SPD		
Barbara Steffen - CDU		Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Sophie Bachmann - Fraktion 21		Vertretung für: Herrn Wolfgang Neskovic Fraktionsvorsitzender, nur bis TOP 3.1
Stellvertreter:in		
Heino Haase - Die Unabhängigen		

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	Bis TOP 5.1
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	Bis einschließlich TOP 5.5
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Jens Johannsen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Dieter Schmedt - 5.660 - Stadtgrün und Verkehr	Bis TOP 6.4.6
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Florian Borchert - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Bis einschließlich TOP 3.1
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvert. Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
1. Stellvert. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	Abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Ulrich Brock - CDU	Abwesend
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	Abwesend
Michael Matthies - Die Unabhängigen	Entschuldigt abwesend
Andreas Zander - CDU	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.05.2022	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2022	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
3.2	Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel	VO/2022/11176
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	FDP: CO2-Sensoren in den Lübecker Schulen	VO/2022/11217
4.2	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung in u.a. Tempo 30 Zonen	VO/2022/11241
4.3	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Kombi-Ladestationen für E-Autos und E-Räder/Pedelecs	VO/2022/11242
4.4	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV verbessern	VO/2022/11243
5	Berichte	
5.1	Umgestaltung der Moltkestraße im Zuge der Brückeninstandsetzung Moltkebrücke und Fahrbahnsanierung Moltkeplatz/Walderseestraße	VO/2022/10901
5.2	Umgestaltung der Tarifzone 6000	VO/2022/11063
5.3	Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11039
5.4	Mobilitätskonzept Travemünde: Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise	VO/2021/09967
5.5	Gutachterliche Stellungnahme zur Kostentragung Hubbrücken	VO/2022/11183

6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage von AM Jochen Mauritz (CDU): Sachstand zu Themen Travemünde betreffend	VO/2022/11283
6.2.2	Weitere Anfragen während der Sitzung	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.610): Rahmenplan Campus Lübeck	
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.660): Wegfall Bewohnerparkplätze in der Alsheide	
6.4.3	Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Stadtgrabenbrücke	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.610/5.660): Radwegplanung 2022 und 2023	
6.4.5	CDU: Wahl in den Bauausschuss	VO/2022/11213-01
6.4.6	Mündliche Mitteilung (5.610): Bahnübergang Niederbüssauer Weg	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-03
7.2	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee	VO/2022/11164
7.3	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburger Allee/Werner-Kock-Straße	VO/2022/11188
7.4	AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-06
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 4.1 FDP: CO2-Sensoren in den Lübecker Schulen (VO/2022/11217)

TOP 4.2 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung in u.a. Tempo 30 Zone (VO/2022/11241)

TOP 4.3 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Kombi-Ladestationen für E-Autos und E-Räder/Pedelecs (VO/2022/11242)

TOP 4.4 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV verbessern (VO/2022/11243)

TOP 6.2.1 Anfrage von AM Jochen Mauritz (CDU): Sachstand zu Themen Travemünde betreffend (VO/2022/11283)

TOP 6.4.6 Mündliche Mitteilung (5.610): Bahnübergang Niederbüssauer Weg

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Frings, Frau Steffen und Frau Bachmann mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende beantragt die gemeinsame Behandlung der TOP 3.1 und TOP 5.4 sowie die Vertagung der TOP 4.3, TOP 7.1 und TOP 7.4. In der nächsten Sitzung sollen zu diesen Thematiken die Stadtwerke eingeladen werden.

Herr Ramcke beantragt die gemeinsame Behandlung von TOP 5.1 und TOP 6.4.4.

Frau Haltern beantragt die Vertagung von TOP 5.2.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 2.3 und TOP 10.3, da die Niederschrift noch nicht vorliegt.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die gemeinsame Behandlung und die Vertagung sowie die nichtöffentliche Behandlung der hierfür jeweils vorgesehenen TOP.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.05.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2022

Gemäß TOP 1 vertagt.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168**

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.1 und TOP 5.4 gemeinsam behandeln. Die Diskussion ist unter TOP 3.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Herr Mauritz fragt, ob es noch eine Präsentation zu dem Gutachten gebe. Er sei überrascht, dass die Erstellung so lange gedauert habe, was u.a. aufgrund von Corona verständlich sei, aber was er nicht verstehe, sei das Verkehrskonzept, da es keine Neuerungen beinhalte und sich nach den Untersuchungen nichts verändert habe. Es gebe zwei schwierige Bahnübergänge und man brauche an normalen Tagen relativ lange von Teutendorf zum Gneversdorfer Weg. Er wolle wissen, welche Zahlen dem Gutachten zugrunde liegen würden und wie hoch die Kosten für das Gutachten waren. Er hätte sich mehr Innovation gewünscht.

Herr Stolte antwortet, dass eine neue Variante erarbeitet worden sei, insofern gebe es nicht nur bereits bekannte Inhalte. Die Möglichkeiten innovativ zu arbeiten seien aufgrund des hochverdichteten Raumes auch begrenzt. Außerdem habe es sich um eine Machbarkeitsstudie, kein Konzept gehandelt. Es sei auch nicht absehbar gewesen, dass eine weitere Variante überhaupt möglich sein könne.

Herr Borchert ergänzt, dass es sich um eine sehr gute Datenlage gehandelt habe. Die meisten Zahlen seien aus dem Jahr 2018 und seien hochgerechnet worden auf die neuen städtebaulichen Entwicklungen wie die Neue Teutendorfer Siedlung (NTS) oder den Verkehrsentwicklungsplan Travemünde. Die Datenlage sei detaillierter gewesen, als eigentlich nötig gewesen wäre und es sei auch ein eigenes Verkehrsmodell aufgestellt worden.

Herr Lötsch fragt, ob die Vorhaben Fischereihafen, Baggersand und NTS alle inkludiert seien.

Herr Borchert bejaht dies.

Herr Lötsch möchte wissen, ob dies auch eine Möglichkeit den Bahnverkehr zu steigern beinhalte.

Herr Borchert entgegnet, dass dies nur für die Spitzenzeiten vorgenommen worden sei und nicht für eine 24-Stunden-Betrachtung.

Herr Mauritz kritisiert, dass die Zusatzzeit durch die gesenkten Schranken aber nicht einberechnet sei, da der Verkehr dann nicht abfließen könne. Bei einem zeitlichen Aufwand von 35 Minuten von Teutendorf zu dem Rewe stimme etwas nicht.

Herr Borchert antwortet, dass die Zahlen etwas Anderes aussagen würden und die Anlagen für den Alltag geplant werden würden, nicht nur für bestimmte Zeiten im Jahr.

Herr Lötsch erwidert, dass in Travemünde die Spitzenzeiten mitgedacht werden müssten.

Frau Haltern weist darauf hin, dass ein Konzept für den 365-Tage-Tourismus entwickelt werden solle. Bzgl. der Abbildung 6 in dem Gutachten wolle Sie wissen, wie der Wert 5% zustande komme, da sie beim Nachrechnen auf einen Wert von 10% komme, was zwar nicht viel sei, aber dennoch das doppelte des Ursprungswertes.

Herr Stolte sagt zu, dass dies nachgeprüft werde.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Bei den 5% Durchgangsverkehr handelt es sich um den Anteil an den gegenwärtigen Verkehrsmengen. Alle übrigen aufgeführten Prozentwerte stellen Verkehrszuwächse dar. Der 5%-Wert ist also nicht aus den anderen Zahlen im Text abgeleitet, sondern steht für sich und ist fix.

Herr Leber führt aus, dass mehr bezahlbare Wohn- und Gewerbeflächen benötigt werden würden. Die Thematik der zweiten Zuwegung könne auf die Fragen, ob die Zuwegung gebraucht werde, und wenn ja, welche Variante, heruntergebrochen werden. Die erste Frage habe sich aufgrund der Entwicklungen des Gebietes Howingsbrook eigentlich bereits erledigt und, da das Konzept darauf ausgelegt gewesen sei, dass Howingsbrook wie geplant hätte kommen sollen. Wenn dies aber nicht der Fall sei, müsse über die NTS II nachgedacht werden, die sich im Bogen der B75 oberhalb der NTS befinden würde. Dort sei auch Geschosswohnungsbau möglich, aber dann würde auf jeden Fall eine zweite Zuwegung benötigt werden, da dann Verkehre entstünden, die es jetzt noch nicht gebe.

Herr Lötsch bemerkt bezüglich der unter TOP 5.4 dargestellten Überlegungen, dass die CDU daran gedacht habe, die Strecke als eine Art großen Kreisverkehr um den Rewe mit einer Einbahnstraßenregelung anzulegen, was sich in der Berichtsvorlage aber nicht wiederfinde. Der ursprüngliche Antrag sei aber bzgl. der Positionierung nördlich oder südlich der Bahntrasse möglicherweise zu ungenau formuliert worden. Außerdem sei ein Ausbau von Radwegen immer erfreulich, er bezweifle aber, dass ein Radweg auf beiden Straßenseiten gebraucht werde. Er fragt, ob es einen Grund für den zweiten Radweg gebe.

Herr Stolte antwortet, dass der Antrag so ausgelegt worden sei, dass der Weg nördlich der Bahn geführt werden solle, was der Verwaltung merkwürdig vorgekommen sei, weswegen beide Varianten geprüft worden seien. Am Platz werde die Idee nicht scheitern, auch nicht an der Frage ob der Radweg beidseitig geführt werden müsse. Es sei bei beiden Varianten aber fraglich, ob es erforderlich sei.

Herr Frings sagt, dass die Vorgeschichte hätte dargestellt werden sollen, da 2019 der Entwurf eines Mobilitätskonzepts vorgelegt worden sei, in dem dargestellt worden sei, dass die bisherigen Straßen ausreichen würden, um die bis 2030 geplanten Vorhaben umzusetzen, aber nicht, wenn noch mehr Projekte gemacht werden würden. Weiterhin seien die Daten nicht aussagekräftig, da sich hauptsächlich aus dem Jahr 2015 kämen, wie dem Anhang zu entnehmen sei. Er bezweifle, dass sich die Verkehre derart weiterentwickeln würden.

Herr Stolte antwortet, dass in dem Mobilitätskonzept auch gestanden habe, dass weitere Straßen, auch einschließlich der zu erwartenden Bauvorhaben nicht erforderlich seien, und die zu erwartenden Projekte seien auch alle in die Machbarkeitsstudie eingeflossen. Was noch zusätzlich geplant werde, sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt, werde aber im Zuge der Neuauflistung des Flächennutzungsplans geklärt. Fiktive Entwicklungen aufzunehmen sei nicht seriös.

Herr Borchert bekräftigt, dass die Datenlage deutlich detaillierter sei, als eigentlich benötigt und die damals behandelten Fragestellungen auch einen anderen Fokus gehabt hätten.

Herr Dr. Flasbarth bedankt sich für die Untersuchung. Die Daten seien nicht immer so aktuell, wie man sich das wünsche, aber mit der Fortschreibung entstehe ebenfalls ein gutes Bild. Seiner Meinung nach gebe es drei Aspekte, die zu beachten seien: Erstens, wie viel Entlastung eine zweite Zufahrt bringe. Das Gutachten beziffere dies auf 10% und dies sei ihm zu wenig. Zweitens, wo die Fläche für die zweite Zufahrt herkomme, und hierzu müsse zu 80% privates Land enteignet oder abgekauft werden, was ein ziemlich harter Eingriff sei. Drittens, dass ziemlich viele Bäume gefällt werden müssten. Der ganze Aufwand für eine Verkehrsentslastung von 10% sei eine harte Abwägung. Neue Straßen würden außerdem auch immer zu noch mehr Verkehr führen. Er teile die Empfehlung der Verwaltung und des Gutachters.

Herr Ramcke sagt, dass er ebenfalls den Empfehlungen der Verwaltung folgen wolle, und er bezüglich der Schaffung der neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg den Status Quo halten wolle. Wenn der Verkehr verbessert werden solle, müsse der ÖPNV ausgebaut und nicht eine zusätzliche Zuwegung gebaut werden.

Herr Mauritz sagt, dass Travemünde einige Besonderheiten wie den Priwall und die neuen Baugebiete aufweise und eine zweite Zuwegung keine Enteignung bedeute. Er sei auch kein Freund der Variante, die durch Iverndorf gehe. Die NTS II werde nicht umgesetzt werden können, da der Eigentümer der Fläche diese nicht verkaufen wolle. Im Gutachten seien die Straßen mit 17 Metern angegeben, was er für ziemlich breit halte. Durch eine Reduzierung der Straßenbreite könne der Flächenaufwand reduziert und vermutlich auch die Kosten gesenkt werden. Er bitte außerdem darum, dass das Thema dem Ortsrat Travemünde vorgestellt werde.

Frau Bachmann drückt ihren Unmut darüber aus, dass über Details geredet werde, anstatt einfach der Studie zu folgen. Es sei Unsinn, der Studie nicht zu folgen.

Frau Haltern ist der Meinung, dass Radwege in beidseitiger Richtung bei der Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nicht gebraucht würden. Eine Umsetzung dieser Straßenverbindung würde den Verkehrsknoten Gneversdorfer Weg/Torstraße entlasten. Sie fragt wie viel Entlastungsverkehr über die Nordspange fließen würde und ob es möglich sei, eine Ampellösung einzurichten, um die Anwohner der NTS zu entlasten. Zwei der Varianten seien auch nicht darstellbar, die Variante 4 aufgrund des Kindergartens und die Variante 5 nicht, da damals den Anwohnern etwas Anderes gesagt worden sei. Herr Borchert erklärt, dass es immer darauf ankomme, wo die Quell- und Zielverkehre seien, und diese würden hauptsächlich am Baggersand entstehen. Die nördliche Variante würde eher eine minimale Entlastung bringen, die südliche schon eher, aber auch dort sei es sehr unübersichtlich.

Frau Haltern fragt, ob dies bedeute, dass beide Varianten ungünstig seien.

Herr Borchert bejaht dies.

Herr Frings fragt, ob die Neubaugebiete einberechnet worden seien. Er glaube, dass das Dockside, das Pommernzentrum sowie das Stilwerk-Hotel in der Berechnung fehlen würden. Es würde außerdem verkehrstechnisch knapp kalkuliert werden und wenn sich in den nächsten Jahren weitere Verkehre ergeben würden, müsse die Stadt sich wieder etwas überlegen. Er halte das Vorgehen dafür für zu kurzfristig gedacht. Der Argumentation, dass neue Straßen zusätzliche Verkehre bedeuten würden, könne er nicht folgen. Wenn gesagt werde, dass bei zwei Straßen die Stadt schneller volllaufe sei das ein guter Effekt, da sich dieselben Verkehre bei nur einer Straße aufstauen würden. Wenn die Anbindung über den Skandinavienkaai laufen würde, müssten außerdem auch keine Grundstücke für Verkehrsflächen in Anspruch genommen werden. Nach dem Lesen der Studie habe er erhebliche Zweifel daran, dass der Studie gefolgt werden solle, da sie seiner Auffassung nach in mehreren Aspekten Aussagen treffe, die nicht zusammenpassen würden.

Herr Stolte erläutert, dass der Skandinavienkai in seiner Funktionsfähigkeit beibehalten werden solle und die Variante über den Skandinavienkai zwar keine neuen Verkehrsflächen, aber dafür neue Hafensflächen bedeuten würde. Die Belastung auf dem Teutendorfer Weg in der Variante 4 bliebe insgesamt gleich, die Verkehre würden sich lediglich vom östlichen in den westlichen Teil verlagern.

Herr Frings entgegnet, dass er das auch so verstanden habe, dies aber zu kurz gedacht sei, da dort nicht nur die Anwohner durchfahren würden, sondern auch die Leute, die zum Priwall, zum Baggersand und zum Strand wollen würden. Die würden nicht über den Gneversdorfer Weg, sondern über den Teutendorfer Weg fahren.

Herr Stolte erklärt, dass es mehr Verkehrsverlagerungen gebe, je weiter im Süden die zweite Straßenanbindung verortet wird, dies sei das Ergebnis des Verkehrsmodells gewesen. Die Variante 4 würde nur von den Ortsansässigen genutzt werden, weil sie für alle anderen kaum Gewinn bringt.

Herr Haase weist darauf hin, dass bei der Nordvariante (Verbindungsstraße Gneversdorfer Weg / Teutendorfer Weg) die Straße über die Mönchswiese geführt werden müsse, welche in einem Landschaftsschutzgebiet liege, sodass die Fläche daraus erstmal entlassen werden müsste. Die Mönchswiese sei aber eigentlich im bereits beschlossenen Verfahren Moorbek als Retentionsfläche vorgesehen, wenn dort nun eine Straße gebaut werden solle, würde dagegen verstoßen werden. Außerdem könne der Boden dort nicht gut bebaut werden, was er aus eigener Erfahrung wisse.

Herr Ingwersen sagt, dass die Variante 4 durch die Teutendorfer Siedlung bei dem Bau der B75 abgelehnt worden sei, da Schleichverkehr vermieden werden sollte. Mehr Straßen würden nicht mehr Verkehr bedeuten, aber wenn mehr Verkehr entstehe, bestehe die Frage, wo der hingeleitet werden solle. Dort würde nur der Tagestourismus zum Priwall langfahren, ansonsten sei es unsinnig dort langzufahren. Bezüglich des Nordbahnhofs wolle er wissen, ob dort kein Umwelt- und Lärmschutzgutachten gemacht worden sei oder keines gebraucht werde, da er keine habe finden können.

Herr Kaschel sagt, dass die Gutachten sich im Planfeststellungsverfahren nach allgemeinem Eisenbahnrecht 2011 befinden würden.

Herr Mauritz fragt, ob in dem eingleisigen Bereich, wenn dort weiterhin Güterzüge fahren sollen, dies mit der Berechnung vereinbar sei oder es dort Veränderungen gebe müsse.

Frau Bachmann verlässt die Sitzung.

Herr Kaschel erklärt, dass es immer Bestandteil der Planung gewesen sei, dass der komplette Zug in den Bahnhof fahre. Es habe allerdings eine Zunahme bei der Länge der Züge gegeben, wofür erst jetzt eine Lösung gefunden worden sei. Nach derzeitigem Kenntnisstand sei dies machbar.

Herr Mauritz möchte wissen, ob es eine Alternativlösung gebe, das Gleis zu verlegen um dort eine Trasse zu verlegen.

Herr Kaschel entgegnet, dass bei dem beschlossenen Ausbau des Skandinavienkais verschiedene Bahnprojekte skizziert worden seien, und eine der wichtigen Aufgaben sei es, die Arbeiten aus dem Vorbahnhof herauszubekommen. Der Bahnhof im Gewerbegebiet Nord sei essentiell um einige Gewerbe darüber abwickeln zu können, daher sei eine unmittelbare Beziehung zwischen Bahnhof und Terminal ohne eine Straßenstörung zu gewährleisten.

Der Vorsitzende beantragt den Schluss der Rednerliste
Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Dr. Flasbarth drückt seine Überraschung darüber aus, dass erneut über die Variante 1 diskutiert werde, da diese seinem Kenntnisstand nach nicht möglich sei. Er fragt nach der Position der Verwaltung dazu.

Herr Kaschel führt aus, dass der Skandinavienkai als ISPS-Anlage ein vollständig in sich geschlossenes Terminal sei, bei dem der Betreiber darüber Kenntnis haben müsse, wer sich

innerhalb des Terminals befinde. Es sei schon aufwändig gewesen, den ÖPNV durch das Areal zu führen und es sei auch ein absolutes Unikat, dass dies möglich sei. Es gehe darum, den Betrieb ohne Gefährdung gewährleisten zu können. Das Terminal habe immer schon vorgesehen, dass im Gewerbegebiet Nord ein Bahnhof errichtet werde, um dort Projektladungen abzuwickeln und dadurch die KV-Verkehre von den Projektladungsverkehren trennen zu können. Dafür müssten die Umschlagsgeräte aber auch direkt in den Bahnhof einfahren können. Dadurch sei eigentlich eine Trasse durch das Gebiet ausgeschlossen, da ansonsten die Verkehre nicht trennbar seien.

Herr Frings merkt an, dass es irritierend sei, dass in der Bewertungsmatrix die Interessen des Hafens aufgeführt seien, aber nicht die Interessen der Anwohner. Weiterhin habe er Zweifel an der Umsetzung der Planung für den Bahnhof im Gewerbegebiet Nord. Die prognostizierten Wachstumszahlen des Hafens aus dem Planfeststellungsverfahren von 2011 seien nicht eingetreten, daher stelle sich dort die Frage, ob das gebraucht werde. Die Durchfahrbarkeit des Hafens werde seit Jahren als Totschlagargument genutzt, aber es gebe ja auch die Möglichkeit am Hafen vorbei zu fahren. Mit etwas Fantasie und gutem Willen müsse es möglich sein dort etwas zu schaffen.

Der Vorsitzende bittet um Vorstellung im Ortsrat Travemünde vor der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 22.08.2022. Er stellt den Antrag, TOP 3.1 und TOP 5.4 gemeinsam zu vertragen.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel
Vorlage: VO/2022/11176**

Beschluss:

Die Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel der Hansestadt Lübeck wird durch Vertrag auf die PIH EuE Entwicklungs- und Erschließungs-Gesellschaft mbH & Co. KG (zurzeit noch die PIH EuE Entwicklungs- und Erschließungs-Gesellschaft mbH) übertragen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß des Beschlussvorschlags.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 FDP: CO2-Sensoren in den Lübecker Schulen
Vorlage: VO/2022/11217**

Der Vorsitzende stellt den Antrag den TOP zu vertagen, bis der Schul- und Sportausschuss den Antrag behandelt habe, da der Bauausschuss die Federführung habe.
Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung
in u.a. Tempo 30 Zonen
Vorlage: VO/2022/11241**

Der Vorsitzende stellt den Antrag den TOP zu vertagen, bis der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung den Antrag behandelt habe, da der Bauausschuss die Federführung habe.
Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Kombi-Ladestationen für E-Autos und E-Räder/Pedelecs
Vorlage: VO/2022/11242**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4.4 Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV verbessern Vorlage: VO/2022/11243
--

Herr Ramcke fragt, ob es zur Analyse des Quell- und Zielverkehrs der ÖPNV-Nutzer, die noch zu erwarten sei, wieder eine Arbeitsgruppe gebe, die sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen solle. Der Antrag könne in dieser Arbeitsgruppe besprochen werden.

Frau Hagen erklärt, dass sich das Thema eigne, um es in der Arbeitsgruppe zu diskutieren. Auf den Antrag könne daher erstmal verzichtet werden, bis dort Handlungsbedarf bestehe. Herr Stolte ergänzt, dass das Thema im Zuge des 5. RNVP, der gerade ausgeschrieben worden sei, abgearbeitet werden könne.

Herr Biehlig sagt, dass es in dem Antrag nur um die Gerechtigkeit der Kostenverteilung gehe und die Anbindung der Dörfer. Das solle überdacht und als Konzept ausgearbeitet werden. Herr Lötsch fragt, ob der Antrag bestehen bleiben solle, obwohl die Verwaltung zusage, dass es berücksichtigt werde. Herr Biehlig bejaht dies.

Herr Lötsch beantragt die Vertagung des Antrags auf die nächste Sitzung, in der die Verwaltung bitte zur Anbindung der Dörfer berichtet solle, auch in Zusammenhang mit dem Projekt LÜMO.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5 Berichte

zu 5.1 Umgestaltung der Moltkestraße im Zuge der Brückeninstandsetzung Moltkebrücke und Fahrbahnsanierung Moltkeplatz/Walderseestraße Vorlage: VO/2022/10901

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 6.4.4 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Herr Johannsen stellt die Radwegemaßnahmen 2022 und 2023 anhand einer Präsentation, die der Niederschrift unter TOP 6.4.4 als Anlage beigefügt ist, vor. Weiterhin stellt er die Umgestaltung der Moltkestraße im Rahmen der Instandhaltungsmaßnahme vor. Es sei eine eindeutige Radverkehrsführung eingerichtet worden und die Verwaltung habe den Prüfauftrag bekommen, diese verbessert weiterzuführen. Die Achse habe in den Stoßzeiten nicht genug Kapazitäten für den Radverkehr, daher habe die Verwaltung mehrere Vorschläge entwickelt.

Herr Ramcke sagt, dass in der Vorlage stehe, dass die Umsetzung 2023 nicht durchgeführt werden könne, aber es sei auch dargestellt worden wie wichtig die Verkehrsachse sei, daher wolle er wissen, ob Spielraum bei den Umsetzungsprioritäten bestehe.

Herr Johannsen sagt, dass im Sanierungsbereich nichts geschoben werden könne und bei den investiven Maßnahmen müsse die Politik entscheiden, was wichtiger sei. Die Umgestaltung Moltkestraße sei eine investive Maßnahme, und wenn die Politik das vorziehen wolle, werde das gemacht. Aber da die Verwaltung mittlerweile die Stellen für die Planer besetzen konnte, geht die Verwaltung davon aus, die Planung kurzfristig umsetzen zu können. Er erläutert das weitere mögliche Prozedere der Maßnahme für eine Umsetzung bis 2024. Das sei zwar sportlich, aber realistisch in der Umsetzung.

Herr Ramcke hakt nach, ob sich die Planung nicht früher einbringen lasse und dafür eine Maßnahme wie die Jürgen-Wullenwever-Straße schieben lasse.

Herr Johannsen erklärt, dass zu den Maßnahmen auch immer Fördermittel beantragt werden würden und diese projektbezogen seien, daher könne darüber nicht frei verfügt werden. Es gehe hier um eine Förderung in Höhe von 75%, was man sich nicht entgehen lassen wolle. Daher gebe es alleine deswegen bereits ein Jahr Vorlaufzeit.

Herr Dr. Flasbarth sagt, dass er die Maßnahmen eigentlich gut finde, die Sanierung der Infrastruktur seiner Meinung nach aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei. Er wolle mehr zu Bau neuer Radwege erfahren. Im Haushalt für 2022 seien, wenn die Brückenmaßnahmen und ähnliches rausgenommen werden würden, lediglich 60.000,- EUR rein für den Neubau von Radwegen vorgesehen. Er wolle wissen, wie viel Geld in Zukunft für den Neubau zur Verfügung gestellt werden solle.

Herr Johannsen antwortet, dass es recht wenig isolierte Radwegemaßnahmen gebe, das müsste rausgerechnet werden.

Herr Dr. Flasbarth fragt, wie viele neue Radwege 2023 gebaut werden sollen und ob 2023 auch der Radschnellweg gebaut werde.

Frau Hagen antwortet, dass der Radschnellweg 2023 geplant werde.

Herr Dr. Flasbarth fragt, ob die Jürgen-Wullenwever-Straße damit der einzige investive Radwegneubau in 2023 sei.

Herr Johannsen bejaht dies, er weise aber auch darauf hin, dass es keine Mitarbeiter gebe, die sich ausschließlich mit dem Radwegeneubau beschäftigen würden. Es sei klar gesagt worden, dass der Bestand vorgehe, damit alle Wege auch genutzt werden könnten, auch aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht. Daher sei die Verwaltung dazu übergegangen, neue Bereiche ganz zu sanieren, auch im DSK-Verfahren, um die Oberflächen wiederherzustellen. Die Verwaltung sei seit zehn Jahren dabei, den Bestand aufzuräumen und er bitte darum, sich vor Augen zu führen, dass sehr viel passiere.

Herr Dr. Flasbarth drückt seine Zustimmung aus, allerdings würden dieselben Fehler wie früher gemacht werden, dass nur saniert, aber nicht ausgebaut werde. Er wünsche sich, dass sich die Verwaltung personell so aufstelle, dass dies ermöglicht werden könne. Er wolle Sanierung und Neubau.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass genau deswegen zum letzten Haushalt neue Planerstelleneingerichtet worden seien. Alle Planungsmaßnahmen zu streichen, weil nicht direkt etwas passiere sei ebenfalls eine Scheinmaßnahme.

Frau Hagen führt aus, dass sie Verständnis für die Ungeduld habe, und neue Radwege sicher guttäten, aber Herr Johannsen Recht damit habe, dass in der Vergangenheit sträflich wenig für die Instandhaltung unternommen worden sei und sich dies nun räche. Früher sei die Verwaltung nicht so aufgestellt gewesen, dass eine Planung für die Schublade möglich gewesen sei, aber nach mehreren Stellenausschreibungsverfahren sei die Verwaltung endlich in der Situation, die Stellen besetzen zu können. Die Verwaltung müsse in die Lage versetzt werden, neben den Instandhaltungsmaßnahmen vorplanen zu können, und auf dem Weg dorthin seien bereits Fortschritte erzielt worden.

Bericht:

Prüfauftrag aus dem Bauausschuss vom 07.06.2021 zur Optimierung des Brückenquerschnittes der Moltkebrücke im Zuge der Instandsetzungsmaßnahme für die Belange des Fuß- und Radverkehrs

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Umgestaltung der Tarifzone 6000 Vorlage: VO/2022/11063
--

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.3 Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2022/11039
--

Herr Frings fragt, wie dort in Zukunft Grundstücke genutzt werden könnten, ob es dort Vorgaben oder Einschränkungen gebe.

Herr Lötsch antwortet, dass das Gebiet aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen werde, ein Teil zum Baugebiet und ein Teil zu Feldern werde. Für letztere Fläche gebe es kein Baurecht, die sei weiterhin landwirtschaftlich genutzt.

Bericht:

Durch die vorstehend genannte Änderungsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Travemünder Winkel“ wird ein Teilbereich mit einer Größe von ca. 67,06 ha aus dem bestehenden Landschaftsschutzgebiet entlassen.

Die Entlassung der Fläche dient der Ermöglichung der Wohnbebauung im Zuge der Realisierung des Bebauungsplanes „32.61.00 – Neue Teutendorfer Siedlung/ Am Dreilingsberg“ mit der dazugehörigen 134. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.4 Mobilitätskonzept Travemünde: Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise
Vorlage: VO/2021/09967

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.1 und TOP 5.4 gemeinsam behandeln. Die Diskussion ist unter TOP 3.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.5 Gutachterliche Stellungnahme zur Kostentragung Hubbrücken
Vorlage: VO/2022/11183

Herr Lötsch sagt, dass Herr Dr. Brock ihm gesagt habe, dass er die Thematik nochmal mit dem Bereich Recht besprechen wolle. Eigentlich hätte noch ein Gespräch stattfinden sollen, gegebenenfalls könne dies vor der nächsten Sitzung stattfinden.

Herr Schmedt fragt, was der Inhalt oder das Ziel des Gesprächs sein solle, da das Gutachten recht eindeutig sei.

Herr Lötsch erklärt, dass der Bauausschuss sich seinerzeit dazu entschlossen habe, dass das Thema mit den Juristen durchgesprochen werden solle. Er habe gehört, dass noch offene Fragen bestünden, er sei aber kein Jurist und könne dies daher nicht beurteilen.

Frau Blankenburg fragt, ob dazu nicht der Bereich Recht angehört werden könne.

Herr Ziemann sagt, dass die Prüfung zu einem klaren Ergebnis gekommen sei. Das noch ein Gespräch hätte stattfinden sollen, sei ihm nicht bekannt, es habe sich bislang niemand bei ihm gemeldet, aber wenn dies gewünscht sei, sei dies natürlich möglich.

Frau Hagen fragt, welche Folgen sich aus der Verzögerung ergeben würden, oder ob es nur ein klärendes Gespräch sein solle. Aus Sicht der Verwaltung sei das Ergebnis eindeutig.

Herr Lötsch antwortet, dass er die Vorlage vertagen wolle.

Herr Schmedt erklärt, dass das Wasserstraßenamt eigentlich die Kreuzungsvereinbarung verhandeln wolle und auf die Hansestadt Lübeck warte. Die Verwaltung müsse wissen, was sich die Stadt von den Gesprächen erhoffe.

Herr Lötsch sagt, dass sich die Politik positioniert habe, was sie wolle, und es nur um die Finanzen gehe.

Herr Schmedt sagt, dass die Frage des Gutachtens war, ob der Bund bezahlen solle, aber dagegen wehre sich das Wasserstraßenneubauamt und das Gutachten habe dazu klar Stellung bezogen. Und wenn die Kostentragungspflicht beim Bund liege, würde der auch ganz anders mit der Maßnahme umgehen.

Herr Lötsch sagt, dass der TOP in der nächsten Sitzung wieder aufgerufen werden soll.

Der Vorsitzende beantragt die Vorziehung der Tagesordnungspunkte unter TOP 6.4.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 Anfrage von AM Jochen Mauritz (CDU): Sachstand zu Themen Travemünde betreffend
Vorlage: VO/2022/11283**

Anfrage:

Ich bitte um den aktuellen Sachstand zu folgenden Themen Travemünde betreffend:

- Toiletten auf dem Baggersand
- 2. Zuwegung Neue Teutendorfer Siedlung
- Hotel Stilwerk
- Bauvorhaben Lostenberg / Kurgartenstrasse
- Umzug ZOB
- Umsetzung max. Parkzeiten in Kurgartenstrasse, Rose und Fährplatz

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.2 Weitere Anfragen während der Sitzung

6.2.2 Zusatzfragen zum HEP 2030 (Herr Frings) – 5.691

Zusatzfragen nach Beantwortung unserer Anfrage zum HEP 2030 – Statusbericht vom Dezember 2021(TOP 6.2.3 am 20.12.2021 – VO/2021/10686) durch die LPA am 04.03.22

Nach Beantwortung der Anfrage sind noch die folgenden Punkte und Fragen offen geblieben, um deren Beantwortung wir bis spätestens zur Bauausschusssitzung am 05.09.2022 bitten:

Zu Punkt 2:

Auch wenn richtigerweise ausgeführt wird, dass im HEP 2030 selbst keine betriebswirtschaftlichen Betrachtungen angestellt werden, so bilden doch die hier angenommenen Wachstumsraten letztlich die Grundlage für die in den nächsten Planungsschritten vorgeschlagenen Investitionen. Deshalb ist es von großer Bedeutung zu verstehen, wie man zu dieser Annahme gekommen ist. Unabhängig davon, ob man die Differenz zwischen geplantem Ziel des HEP 2020 (53 Mio t brutto) und tatsächlich erzielttem Bruttoumschlag von 25,1 Mio t in 2020 als Fehlplanung ansieht oder nicht,

ist die Frage noch unbeantwortet, warum bei der Planung Wachstumsraten zugrundegelegt wurden, die weit über dem langjährigen Durchschnitt der bisher vom Lübecker Hafen erzielten Zuwachsraten liegen. Wieso wird in diesem Zusammenhang die vorgenommene Korrektur von -6 Mio t auf die Seeverkehrsprognose des Bundes von 2014 als ausreichend angesehen?

In der Antwort wurde erläutert, dass das geplante Mengenwachstum/Mengenpotenzial im Wettbewerb mit anderen Häfen erzielt werden kann, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort optimal sind. Was ist damit gemeint? Welche Rahmenbedingungen wurden betrachtet? Hat man neben dieser optimalen Variante auch eine normal-case oder eine worst-case Variante berechnet? Wenn nein, warum nicht?

Zu Punkt 3:

Wie verteilt sich die geplante Summe von 31,3 Mio auf die beiden Jahre 2022 und 2023?

Zu Punkt 4:

Ist dieser Masterplan mittlerweile final mit der LHG abgestimmt worden? Wenn nein, wann wird damit gerechnet? Wird er dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben?

Zu Punkt 5:

Die Frage „Wann soll diese Prioritätenliste vorliegen?“ ist noch unbeantwortet.

Zu Punkt 6:

Die gegebene Antwort trifft nicht die gestellte Frage, denn eine genauere Darstellung von Flächenbedarfen war nicht das Thema. Wir gehen aber davon aus, dass die LPA bei der Erstellung von Grunderwerbslisten darin Grundstücke auflistet, deren (zumindest ungefähre) Größe bekannt ist. Nur nach der Größenordnung dieser Grundstücke in Summe wurde gefragt.

In der Anlage 1 zum HEP 2030 – Begründung zur Vorlage wurden unter Punkt 5.2 – Die Flächenentwicklung - drei wesentliche Flächenpotentiale aufgelistet und dazu bemerkt „Weitere neue, von bestehenden Hafenanlagen losgelöste Entwicklungsbereiche, die gesonderter Erschließungen bedürfen, sind nicht Gegenstand dieses Hafenentwicklungsplans.“ Gilt dies immer noch oder gehen diese ersten Grunderwerbslisten darüber hinaus?

Zu Punkt 7:

Sie haben sich bereit erklärt unserer Bitte um Vorstellung der Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse nachzukommen. Wann ist mit der Vorstellung zu rechnen?

Zwischenantwort am 11.07.2022

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.3 Radweg Mühlentorbrücke/Kronsforder Allee/Geniner Straße (Herr Biehlig) – 5.660

Herr Biehlig führt an, dass der Radweg Mühlentorbrücke/Kronsforder Allee/Geniner Straße zwischendurch ende und erst später an einer Bushaltestelle wieder anfangen und fragt, wie dies besser geregelt werden könne. Die Bushaltestelle sei auch nicht richtig ausgewiesen.

Zwischenantwort am 11.07.2022

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.4 Wettbewerb Bertlingstraße (Herr Ingwersen) – 5.660

Herr Ingwersen sagt, dass beschlossen worden sei, dass der Wettbewerb bis zum 30.06.2022 abzuschließen sei, aber dies nicht umgesetzt worden sei.

Abschließende Antwort am 11.07.2022

Der Bereich hat sich darauf eingestellt, den Wettbewerb in diesem Jahr entsprechend vorzubereiten, allerdings sind unterjährige Personalausfälle dazwischen gekommen. Jetzt wird geprüft, ob dem durch Verlagerung der Aufgaben begegnet werden kann.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.5 Ersatzbrücke Mühlentorbrücke (Frau Rostkowski) – 5.660

Frau Rostkowski fragt ob es nach der Begutachtung neue Erkenntnisse zur Mühlen- torbrücke gebe und wann die Ersatzbrücke komme.

Abschließende Antwort am 11.07.2022

Frau Hagen sagt zu, dass nach der Sommerpause dazu eine Vorlage in die politi- schen Gremien gegeben werde. Es solle dabei bleiben, dass die Umsetzung im Herbst erfolge.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.6 Verschiebung Asphaltdecke (Frau Blankenburg) – 5.660

Frau Blankenburg sagt, dass bei der Ampelüberquerung Ratzeburger Allee zum Brink sich die Asphaltdecke verschiebe und fragt, was dagegen gemacht werden könne.

Zwischenantwort am 11.07.2022

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.7 Radführung Kaiserallee (Herr Ramcke) – 5.660

Herr Ramcke sagt, dass in der Kaiserallee entschieden worden sei, dass Radfahrer nicht entgegen der Einbahnstraßenregelung fahren dürften und möchte wisse, ob sich dies ändern lasse.

Zwischenantwort am 11.07.2022

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.8 Sachstand Fackenburger Allee (Herr Leber) – 5.660

Herr Leber fragt nach einem Sachstand zum Verkehrsversuch Fackenburger Allee, nachdem es dort Verzögerungen gegeben habe.

Abschließende Antwort am 11.07.2022

Die Stadt habe eine Firma für die Markierungsarbeiten engagiert, die vom 11. Bis zum 22.07. im Schichtbetrieb bis um 22 Uhr abends durchgeführt werden würden, damit die besonders den Verkehr störenden Arbeiten abends erledigt werden könn- ten. Es werde eine Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt und die Evaluierung des Verkehrsversuchs vorbereitet. Es gebe auch viele Gewerbetreibende, die das Vorhaben unterstützen wollen. Alle nötigen Informationen sollen nach Bekanntgabe an die Politik der Presse und im Internet bereitgestellt werden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Im Zuge der Anfrage zum Wettbewerb Bertlingstraße entsteht eine Diskussion zur personellen Aufstellung der Verwaltung der Hansestadt Lübeck. Es sprechen hierzu Herr Lötsch, Frau Hagen, Frau Haltern, wieder Frau Hagen, Herr Ramcke, Frau Belchhaus, Herr Dr. Flasbarth, wieder Herr Lötsch und Herr Johannsen.

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.610): Rahmenplan Campus Lübeck

Frau Belchhaus stellt die Maßnahme vor und beantwortet Fragen aus der Politik. Eine Präsentation zu der Mitteilung wird der Niederschrift beigelegt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.660): Wegfall Bewohnerparkplätze in der Alsheide

Herr Johannsen stellt das Thema vor und beantwortet Fragen aus der Politik. Auf die Nachfrage, wie viele Stellplätze konkret wegfallen würden, sagt er eine nachträgliche Beantwortung zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Insgesamt fallen 16 Anwohnerparkplätze weg.

zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Stadtgrabenbrücke

Herr Schmedt stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, vor, und beantwortet Fragen aus der Politik. Es wird darum gebeten, neben der Präsentation noch einen Lageplan der Niederschrift als Anlage beizufügen. Herr Schmedt sagt dies zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.610/5.660): Radwegplanung 2022 und 2023

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 6.4.4 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.5 CDU: Wahl in den Bauausschuss
Vorlage: VO/2022/11213-01

Wahl in der Bürgerschaftssitzung am 30.06.2022 (VO/2022/11213):

Als stellvertretendes bürgerliches Mitglied wird in den Bauausschuss gewählt:
Barbara Steffen

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.6 Mündliche Mitteilung (5.610): Bahnübergang Niederbüssauer Weg

Herr Stolte stellt den aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Lötsch stellt folgenden Antrag:
Der Bauausschuss fordert das Eisenbahnbundesamt auf, den Eisenbahnübergang Niederbüssauer Weg nicht aufzuheben.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
Für den Antrag: 15 Stimmen
Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980
Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-03

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
Ohne Votum		

zu 7.2 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee
Vorlage: VO/2022/11164

Der Antrag wird vertagt, da die Antragstellerin vor Behandlung dieses TOP die Sitzung verlassen hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.3 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburg Allee/Werner-Kock-Straße
Vorlage: VO/2022/11188

Der Antrag wird vertagt, da die Antragstellerin vor Behandlung dieses TOP die Sitzung verlassen hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.4 AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-06

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Frau Hagen erläutert, dass zu dem Projekt Lübeck NordWest zwischenzeitlich eine Auftaktveranstaltung sowie eine Veranstaltung für die Eigentümer stattgefunden habe. Die Verwaltung plane auch eine Veranstaltung für die Politik und wolle daher zu einem Stadtpaziergang einladen. Dieser solle am 16.08.2022 stattfinden, leider würde an dem Tag ebenfalls eine Sondersitzung des Hauptausschusses stattfinden. Eine gesonderte Einladung würde den Fraktionen noch zugehen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:11 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß Geschäftsordnung der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Es wird um die Teilnahme von Frau Belchhaus (5.610) und Herrn Johannsen (5.660) gebeten.

Die Mitglieder des Bauausschusses widersprechen dem nicht.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:19 Uhr.

Lübeck, den 23. Dezember 2022

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Herr Wilk Wendorff
Protokollführung